



Stopp-Schild auf gesperrter Internetseite (© pa/dpa Themendienst)

# Internetsperren

Treffen der behördlichen Datenschutzbeauftragten  
der wissenschaftlichen Einrichtungen Berlins



Wolfgang Dalitz (ZIB)

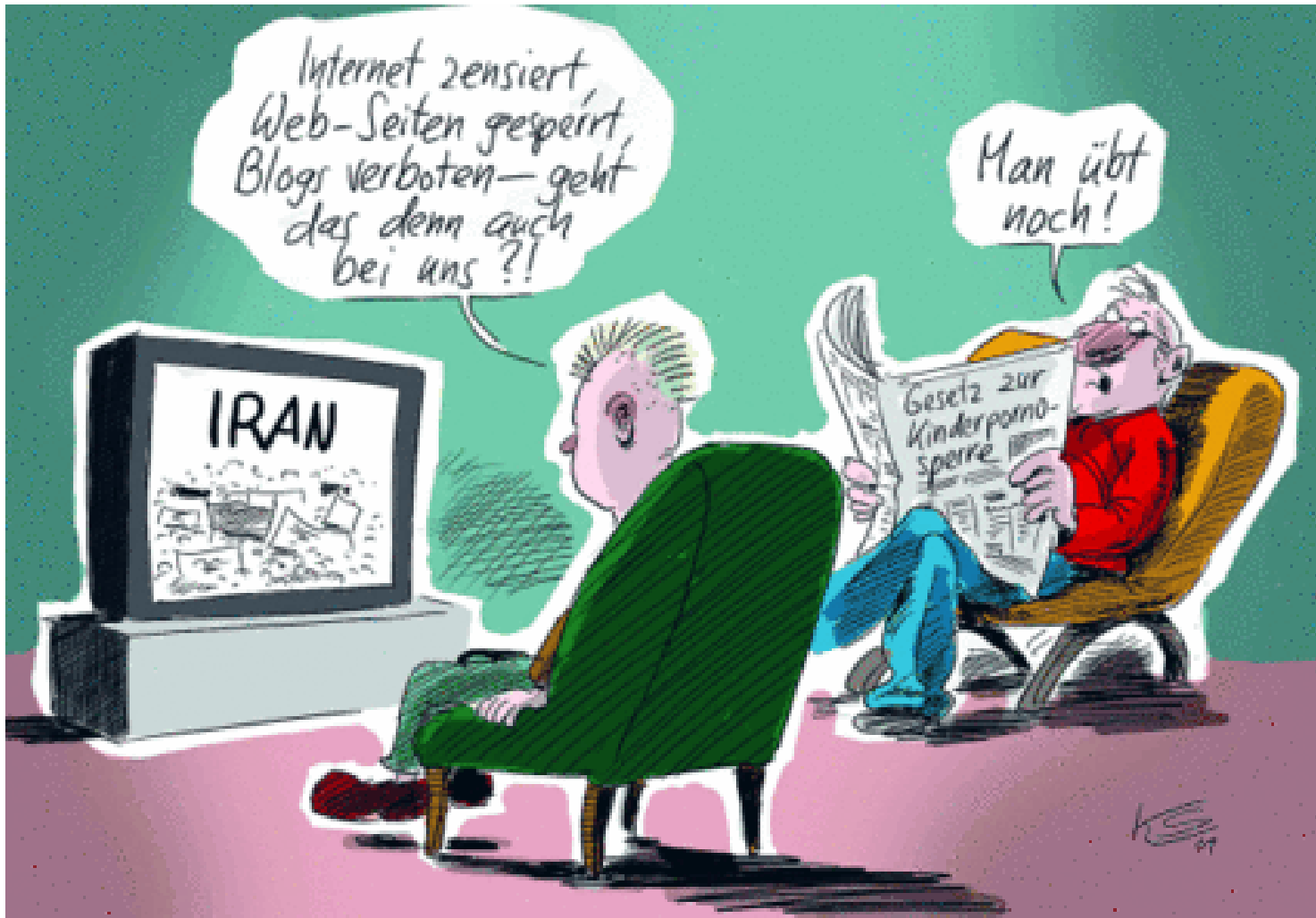
[dalitz@zib.de](mailto:dalitz@zib.de)

Berlin, 24.06.2009

- ▷ Worum geht's?
- ▷ Was lief bisher?
- ▷ Argumente, Gegenargumente, Polemiken und mehr
- ▷ Was hat das mit dem Datenschutz zu tun?

# Warum geht es eigentlich?

taz.de



taz.de vom 20.06.2009

Es geht in der jetzigen Auseinandersetzung **nicht** darum, dass eigentliche Ziel:

„Die Verbreitung, den Erwerb und den Besitz von kinderpornographischen Materials“ (§184 b)

auch nur annähernd zu billigen oder leichtfertig in Kauf zu nehmen.

Der sexuelle Missbrauch von Kindern bedeutet für die Opfer das Erleiden physischer und psychischer Gewalt und ist in der Regel mit lebenslangen Schädigungen verbunden. Durch die Dokumentation und Veröffentlichung der

Ihr Internet-Browser versucht gerade, Kontakt zu einer Webseite herzustellen, die im Zusammenhang mit der Verbreitung von Kinderpornografie genutzt wird. Kinderpornografie stellt sexuelle Missbrauchshandlungen an Kindern dar. Die Verbreitung, der Erwerb und der Besitz von Kinderpornografie ist nach § 184 b Strafgesetzbuch strafbar.

Der sexuelle Missbrauch von Kindern bedeutet für die Opfer das Erleiden physischer und psychischer Gewalt und ist in der Regel mit lebenslangen Schädigungen verbunden. Durch die Dokumentation und Veröffentlichung der Taten im Internet werden die Opfer zusätzlich traumatisiert und dauerhaft in der Öffentlichkeit stigmatisiert. Zudem generiert die massenweise Verbreitung im Internet die Nachfrage nach neuem Material und fördert so zumindest mittelbar die Begehung weiterer Missbrauchstaten.

# STOPP!

Falls Sie Einwände gegen die Sperrung dieser Webseite haben oder sie für nicht korrekt oder ungerechtfertigt halten, so kontaktieren Sie bitte das Bundeskriminalamt unter folgender E-Mail-Adresse [kontakt@bka.de](mailto:kontakt@bka.de).

Weder Informationen zu Ihrer IP-Adresse noch andere Daten, anhand derer Sie identifiziert werden könnten, werden vom Bundeskriminalamt gespeichert, wenn diese Seite erscheint. Die Sperrung dieser Webseiten erfolgt ausschließlich, um die kriminelle Verbreitung von Darstellungen sexuellen Missbrauchs und die weitere Ausbeutung der Kinder zu erschweren.

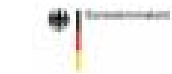
Die Suche nach Kinderpornografie und die Beweissicherung ist ausschließlich Sache der Polizei.

17.04.2009 11:13

« Vorige | Nächste »

## Fünf Provider unterzeichnen Vertrag zu Kinderporno-Sperren

vorlesen / MP3-Download



Das Familienministerium hat schon den Entwurf einer Stopp-Seite für die Kinderporno-Sperren fertig

Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen hat ihr in mehreren Monaten in zähen und harten Verhandlungen immer wieder mit Nachdruck verfolgtes Ziel erreicht: Am Freitagvormittag haben fünf große deutsche Internetprovider Verträge mit dem Bundeskriminalamt (BKA) unterzeichnet, mit dem sie den Zugang zu Webseiten mit kinderpornographischen Inhalten erschweren wollen. Die Vereinbarung zeige den gemeinsamen Willen von Politik und Wirtschaft, "diese Verbrechen zu blocken", freute sich die CDU-Politikerin über das "Signal" für ganz Europa. Es könne nicht angehen, dass "dieser schwere Missbrauch von Kindern scheinbar folgenlos abrufbar ist". Mit an Bord sind die Deutsche Telekom, Vodafone/Arcor, Hansenet/Alice, Telefonica/O2 und Kabel Deutschland.



Stopp-Schild auf gesperrter Internetseite (© pa/dpa Themendienst)



News-Meldung vom 28.03.2009 - 11:16

« Vorige | Nächste »

## **BKA: Sperrung von Kinderporno-Seiten ist wirksam [Update]**

 vorlesen / MP3-Download

Nach Einschätzung des Bundeskriminalamts ([BKA](#)) ist die Sperrung von Kinderporno-Webseiten im Internet ein wirksames Mittel gegen Pädophile: "Nach unseren Erkenntnissen sind vier von fünf Menschen, die im Internet auf Kinderpornos zugreifen, Gelegenheits-Konsumenten. Die lassen sich durch ein Stopp-Schild abschrecken und geben ihr Vorhaben auf", versicherte BKA-Präsident Jörg Ziercke der [Neuen Osnabrücker Zeitung](#). Ziercke verwies



News-Meldung vom 26.03.2009 - 09:20

« Vorige | Nächste »

## Internetwirtschaft: Sperrung von Kinderporno-Seiten nutzlos

 vorlesen / MP3-Download

Der Vorstandsvorsitzende des Verbands der deutschen Internetwirtschaft ([eco](#)), Michael Rotert, hält nichts von der Sperrung kinderpornografischer Seiten im Internet. "Die Provider tun sich deshalb so schwer mit der Sperre, weil sie nicht hilft", [sagte](#) Rotert der [Berliner Zeitung](#), "man muss kein Profi sein, um Schlupflöcher zu finden." Er befürchte, dass schon bald die entsprechenden Anleitungen im Internet kursieren würden, wie man ungefiltert surfen könne, meinte der eco-Chef.

- ▶ Sperrliste wird vom BKA erstellt
- ▶ Diensteanbieter (Provider) haben geeignete und zumutbare technische Maßnahmen zu ergreifen, um den Zugang ... zu erschweren
- ▶ „... haben die Maßnahme unverzüglich zu ergreifen, spätestens jedoch innerhalb von 6 Stunden, nachdem das BKA die aktuelle Sperrliste zur Verfügung stellt.“
- ▶ Gilt erstmal nur für 3 Jahre

## § 9

### Expertengremium

Beim Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit wird ein unabhängiges Expertengremium gebildet, das aus 5 Mitgliedern besteht. Die Mitglieder werden vom Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit bis zum 31. Dezember 2012 bestellt. Die Mehrheit der Mitglieder muss die Befähigung zum Richteramt haben. Die Mitglieder sind berechtigt, die Sperrliste beim Bundeskriminalamt jederzeit einzusehen. Das Gremium überprüft mindes-



News-Meldung vom 18.06.2009 - 08:43

« [Vorige](#) | [Nächste](#) »

## Bundesdatenschützer will Kinderporno-Sperrliste nicht überwachen

 vorlesen / [MP3-Download](#)

Der [Bundesdatenschutzbeauftragte](#) Peter Schaar hat erneut kritisiert, dass seine Behörde die geplanten Internet-Sperren von kinderpornografischen Seiten überwachen soll. "Das hat nichts mit meinen Aufgaben zur Sicherung der Informationsfreiheit und des Datenschutzes zu tun", [sagte Schaar](#) der [Berliner Zeitung](#). "Das ist vielmehr eine Aufgabe, die in einer strafrechtlichen Beurteilung besteht." Davon sei er nicht begeistert.

## Chef-Datenschützer gegen Kinderporno-Sperren



Berlin (dpa) - Der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar plädiert für eine Vertagung der Bundestagsentscheidung zur Blockade von Kinderporno-Angeboten im Internet.

«Das hat mit Datenschutz nichts zu tun», sagte er der Berliner «Tageszeitung» (taz/Dienstag). «Mit mir hat bisher niemand gesprochen und ich finde das auch keine gute Idee.»

sueddeutsche.de - erschienen am 15.06.2009 um 18:55 Uhr



News-Meldung vom 11.06.2009 - 16:13

« Vorige | Nächste »

## Wachsender Widerstand in der SPD gegen Webseiten-Sperren

 vorlesen / MP3-Download

Kurz vor dem Sonderparteitag der SPD am Sonntag in Berlin formiert sich in der Partei Ablehnung gegen einen möglichen Kompromiss mit der CDU/CSU bei Kinderporno-Sperren. Eine Gruppe von Sozialdemokraten hat einen Antrag für die Delegiertenkonferenz vorbereitet, demzufolge die Bundestagsfraktion dem [Gesetzesentwurf](#) "zur Bekämpfung der Kinderpornografie in Kommunikationsnetzen" auch mit den [geplanten Änderungen](#) nicht zustimmen soll. Die SPD lehne die Initiative von Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) "zur Errichtung einer Zensurinfrastruktur für das Internet ab", heißt es in dem heise online vorliegenden Papier. Die geplanten Web-Blockaden bürden "erhebliche Risiken für unser demokratisches Gemeinwesen und die Informations- und Meinungsfreiheit". Das Internet sei zwar kein rechtsfreier Raum, es dürfe aber auch nicht vor dem Hintergrund fadenscheiniger Begründungen zensiert werden.



Die Gruppe der SPD-Politiker meint, dass die geplanten Web-Sperren "in Wirklichkeit nur Sichtblenden" darstellten. Die Täter würden damit nicht ermittelt, die Seiten "mit den schlimmen kriminellen Inhalten nicht gelöscht", sondern lediglich mit technischen Maßnahmen "vor zufälligem Zugriff verborgen". Zudem werde einschlägiges Material in der Regel über andere Wege als das Web verbreitet. Beispiele anderer Länder und die von dort bekannten Filterlisten zeigten zudem, dass die einschlägigen Webseiten meist auf Computern in Ländern wie den USA, in West-Europa und auch in Deutschland lägen. Überall dort sei Kindesmissbrauch und die Verbreitung von entsprechenden Bildern und Videos strafbar. Ein direktes Vorgehen gegen die Inhalte-Anbieter wäre möglich und nachhaltiger, als der Polizei Scheuklappen anzulegen. Von der Leyen und das Bundeskriminalamt (BKA) seien hier jedoch untätig geblieben.



News-Meldung vom 12.06.2009 - 13:33

« Vorige | Nächste »

## Bundesrat hat "erhebliche Bedenken" bei Kinderporno-Sperren

 vorlesen / MP3-Download

Der Bundesrat hat in seiner Plenarsitzung am heutigen Freitag eine Stellungnahme verabschiedet, wonach der heftig umkämpfte Gesetzesentwurf des Bundes "zur Bekämpfung der Kinderpornografie in Kommunikationsnetzen" zahlreiche Fragen aufwirft. "Erhebliche rechtsstaatliche Bedenken" hat die Länderkammer demnach vor allem gegen die geplante Bestimmung, wonach "allein das Bundeskriminalamt ohne die Möglichkeit der Überprüfung" das geheim zu haltende Filterverzeichnis erstellen soll. Dies sei kaum zu rechtfertigen, zumal von den Web-Blockaden auch legale Seiten erfasst sein könnten.

17.04.2009 12:47

 « Vorige | Nächste »

## Rund 250 Bürger demonstrieren gegen "Scheuklappen fürs Internet"


 vorlesen / MP3-Download



Bild: heise online/Stefan Krempf

Bei einer Mahnwache unter dem Motto "Keine Scheuklappen fürs Internet" haben am heutigen Freitag in Berlin vor dem Bundespresseamt rund 250 besorgte Bürger gegen Netzsperrungen in einer freien Gesellschaft protestiert. Sie folgten einem Aufruf zahlreicher zivilgesellschaftlicher Organisationen einschließlich eines Vereins von Opfern sexuellen Missbrauchs und wandten sich konkret gegen die zeitgleich in dem Gebäude stattfindende Unterzeichnung von Verträgen durch fünf große Provider zum Erschweren des Zugangs zu kinderpornographischen

Webseiten mit dem Bundeskriminalamt (BKA). Die Demonstranten trugen dabei Schilder mit dem Konterfei von Bundesministerin Ursula von der Leyen mit dem Untertitel "Zensursula". Die CDU-Politikerin hatte die heftig umstrittene Vereinbarung monatelang mit Nachdruck eingefordert.

02.06.2009 <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,628017,00.html>

## Über die Köpfe der Betroffenen hinweg geredet

Darauf, dass es da mancherorts an Kompetenz mangelt, gibt es durchaus Hinweise - man erinnere sich nur an die legendäre Frage von Justizministerin Brigitte Zypries (SPD): "Browser, was sind jetzt noch mal Browser?" Deutschlands politische Führungsspitze, so der Tenor von zahllosen Blog-Beiträgen, Foren-Postings und Mensa-Witzeleien, ist nicht im Netz angekommen. Daran ändern auch teure Partei-Web-Seiten, Verlautbarungs-Blogs und Podcasts nichts.



<https://epetitionen.bundestag.de>

Petitionen in der parlamentarischen Prüfung > Petitionsdetails: Internet - Keine Indizierung und Sperrung von Internetseiten

## Petition: Internet - Keine Indizierung und Sperrung von Internetseiten vom 22.04.2009

Hauptpetent	In der Prüfung seit	Stand der Bearbeitung	Anzahl Mitzeichnungen	Forenbeiträge
Heine, Franziska	16.06.2009	in der parlamentarischen Prüfung	134015 Mitzeichner	11208 Beiträge

### Text der Petition

Wir fordern, daß der Deutsche Bundestag die Änderung des Telemediengesetzes nach dem Gesetzentwurf des Bundeskabinetts vom 22.4.09 ablehnt. Wir halten das geplante Vorgehen, Internetseiten vom BKA indizieren & von den Providern sperren zu lassen, für undurchsichtig & unkontrollierbar, da die "Sperrlisten" weder einsehbar sind noch genau festgelegt ist, nach welchen Kriterien Webseiten auf die Liste gesetzt werden. Wir sehen darin eine Gefährdung des Grundrechtes auf Informationsfreiheit.

### Begründung

Das vornehmliche Ziel – Kinder zu schützen und sowohl ihren Mißbrauch, als auch die Verbreitung von Kinderpornografie, zu verhindern stellen wir dabei absolut nicht in Frage – im Gegenteil, es ist in unser aller Interesse. Dass die im Vorhaben vorgesehenen Maßnahmen dafür denkbar ungeeignet sind, wurde an vielen Stellen offengelegt und von Experten aus den unterschiedlichsten Bereichen mehrfach bestätigt. Eine Sperrung von Internetseiten hat so gut wie keinen nachweisbaren Einfluß auf die körperliche und seelische Unversehrtheit mißbrauchter Kinder.

Aktuell Übersicht

Politik & Wirtschaft Kultur & Unterhaltung Aus aller Welt Medien

« Adresshandel: Die Wirtschaft hat gewonnen Zwölf Kugeln und keine Antwort »

16.06.2009

Schrift

## Internetsperren: Peter Schaar gibt nach. Beschäftigung mit Petition erst nach der Wahl

von Daniel

Die **Petition gegen Internetsperren** hat einen neuen Rekord für digitale Bürgerbeteiligung aufgestellt, das ficht die Große Koalition jedoch nicht an. Sie will am Donnerstag trotzdem das Gesetz beschließen. **Das Kontrollgremium für die BKA-Sperren mit Peter Schaar an der Spitze** wird es zudem wohl auch geben - denn dessen Dienststelle versicherte eilfertig, man werde selbstverständlich seinen Pflichten nachkommen:

- ▶ Es ist kaum wahrscheinlich, dass auch nur in einem einzigen Fall eine Netzsperre den Täter vom Missbrauch hätten abhalten können
- ▶ Verhältnismäßigkeit von Eingriffen in Grundrechte wie Meinungs- und Informationsfreiheit
- ▶ Es ist mit unseren rechtsstaatlichen Prinzipien unvereinbar, dass eine Behörde wie das Bundeskriminalamt (BKA) ohne jede Kontrolle eine geheime Zensurliste führt
- ▶ Der Gesetzgeber darf die technische Ausgestaltung nicht der Privatwirtschaft überlassen. Für die sind DNS-Sperren zwar bequem und billig, aber sie arbeiten viel zu ungenau. Eine DNS-Sperre erschwert den Zugang zu einem ganzen Server, auf dem aber meist außer den beanstandeten noch viele legale Webseiten liegen

- ▶ Auf gar keinen Fall darf die Sperre als bequemes Werkzeug das mühsamere Löschen kinderpornografischer Inhalte aus dem Netz und das damit verbundene Ermitteln der Täter ersetzen
- ▶ zentrales Problem: Es ist nicht zu erwarten, dass das Sperrgesetz auf den Bereich Kinderpornografie beschränkt bleibt. Bislang konnten Provider gelegentliche Aufforderungen zum Sperren bestimmter Angebote mit dem Argument zurückweisen, dass dies zu teuer und zu kompliziert sei. Dieses Argument entfällt jedoch, wenn aufgrund des Gesetzes eine Infrastruktur zum Sperren routinemäßig betrieben wird.
- ▶ Umgehung der Sperren mit geringem Aufwand möglich (ausländischer proxy)
- ▶ Closed Communities



## Namentliche Abstimmung: Bekämpfung von Kinderpornografie

Namentliche Abstimmung: Gesetzentwurf CDU/CSU, SPD: Bekämpfung der Kinderpornographie in Kommunikationsnetzen 16/12850 und 16/13411

	Stimmen
<b>Gesamt:</b>	535
<b>Ja:</b>	389
<b>Nein:</b>	128
<b>Enthaltungen:</b>	18
<b>Gesetzentwurf angenommen</b>	

## Proteste gegen Gesetz zu Web-Sperren reißen nicht ab

 [Vorlesen](#) / [MP3-Download](#)

Trotz der vielen Änderungen der großen Koalition am ursprünglichen Entwurf zu Kinderporno-Sperren machen Juristen, Datenschützer und Zensurgegner gravierende Einwände gegen das am gestrigen Donnerstag vom Bundestag beschlossene "Zugangerschwerungsgesetz" geltend und feilen an Verfassungsbeschwerden. So bezeichnete etwa der Münsteraner Informationsrechtler Thomas Hoeren die von Union und SPD ergänzten Korrekturen beim Datenschutz als unzureichend. Wer ungewollt auf das geplante Stoppschild gelange, müsse nach wie vor mit Ärger rechnen, monierte der Professor gegenüber dpa.



Der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar, bei dem die Expertenrunde zur Prüfung der Einträge auf dem geheimen Filterverzeichnis des BKA angesiedelt werden soll, untermauerte seine Bedenken gegen diesen Ansatz.

Seiner auch für Informationsfreiheit zuständigen Behörde werde die "völlig wesensfremde Funktion" zugeteilt, bestimmte Inhalte nach strafrechtlichen Kriterien auf den Gehalt von Kinderpornographie einzuschätzen. Das

Hauptproblem sei, dass zum ersten Mal in Deutschland eine institutionelle Inhaltskontrolle eingeführt werde, was Datenschutzrisiken berge. Durch die Zuteilung einer exekutiven Funktion als Internet-Kontrolleur könne die Unabhängigkeit seines Amtes aber beschädigt werden. Generell sei das Gesetz offenbar "mit sehr heißer Nadel gestrickt" worden.

## Piraten mit Rückenwind

*Peter Mühlbauer* 22.06.2009

Nach der Verabschiedung des "Zugangerschwerungsgesetzes" steigen Medienaufmerksamkeit und Mitgliederzahlen

News-Meldung vom 07.06.2009 - 22:43

« [Vorige](#) | [Nächste](#) »

## Schwedische Piratenpartei schafft Sprung ins Europaparlament [2. Update]

 vorlesen / MP3-Download

Die schwedische Piratenpartei hat bei der Wahl zum Europaparlament in ihrem Land aus dem Stand 7,4 Prozent der Stimmen geholt. Das [berichtet](#) Sveriges Television auf Basis von Prognosen. Danach kann die [Piratpartiet](#) einen Abgeordneten ins EU-Parlament schicken. In der Altersgruppe der 18- bis 30-Jährigen holte die Partei laut der Prognose 19 Prozent der Stimmen.



Sie s

[Startseite](#) [Artikel](#) [c't-Projekte](#) [Hotline & FAQ](#) [Treiber & mehr](#) [Kolumn](#)


[News](#) [News-Archiv](#) [Aktuelles Heft](#) [Vorschau](#) [Abo & Heftbestellung](#) [Forum c't allgemein](#)

[c't](#) > [News](#) > [2009](#) > [KW 24](#)

News-Meldung vom 10.06.2009 - 19:45

« [Vorige](#) | [Nächste](#) »

## Französisches Internet-Sperren-Gesetz nicht verfassungskonform

 vorlesen / [MP3-Download](#)

Das [Französische Verfassungsgericht](#) hat den [Einsprüchen](#) von Abgeordneten der Sozialistischen Partei (PS) Frankreichs gegen das umstrittene "Gesetz zur Verbreitung und zum Schutz kreativer Inhalte im Internet" am heutigen Mittwoch stattgegeben. Mit dem Gesetz, dessen Einhaltung von der "Haute Autorité pour la Diffusion des Œuvres et la Protection des droits sur Internet" (HADOPI) überwacht werden soll, droht Internetnutzern die Kappung ihres Anschlusses, sollten sie wiederholt beim illegalen Herunterladen von geschützten Werken etwa über Web-Tauschbörsen erwischt werden. Die Nationalversammlung hatte das von Regierung und Senat ausgearbeitete Gesetz Anfang April mit den Stimmen des konservativen Regierungsbündnisses UMP [verabschiedet](#).

"Angesichts der exponentiell zunehmenden Erhebung, Verknüpfung und Bewertung von Informationen werden Fragen des Datenschutzes und der Informationsfreiheit immer bedeutsamer"



[Home](#) [Newsticker](#) [7-Tage-News](#) [News-Archiv](#) [Leserforum](#)

[heise online](#) > [News](#) > [2008](#) > [KW 47](#) > [Bundesdatenschützer Schaar schlägt Charta des digital](#)

20.11.2008 21:06

 [« Vorige](#) | [Nächste »](#)

## Bundesdatenschützer Schaar schlägt Charta des digitalen Datenschutzes vor

 [Vorlesen](#) / [MP3-Download](#)

Der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar hat anlässlich des [3. Nationalen IT-Gipfels](#) am heutigen Donnerstag eine "Charta des digitalen Datenschutzes und der Informationsfreiheit" [vorgeschlagen](#) (PDF-Datei). "Angesichts der exponentiell zunehmenden Erhebung, Verknüpfung und Bewertung von Informationen werden Fragen des Datenschutzes und der Informationsfreiheit immer bedeutsamer", erklärt Schaar dazu. Der Vorschlag der Charta solle einen grundsätzlichen Meinungsaustausch zu diesen Kernfragen anstoßen. Beiträge und Anregungen können und sollen an folgende Mailadresse geschickt werden: [charta@bfdi.bund.de](mailto:charta@bfdi.bund.de)